

Resolution: Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene stärken! – DV Herbst 2024

Die Delegiertenversammlung des bvvp fordert die politisch Verantwortlichen auf, sich vermehrt für die Kinder- und Jugendgesundheit einzusetzen.

Diverse Studien zeigen: Junge Menschen sind häufig starken psychischen Belastungen ausgesetzt: Die Folgen der Corona-Pandemie, diverse weltweite Krisen und häufig unsichere Zukunftsperspektiven führen immer häufiger zu psychischen Auffälligkeiten. So wurden zum Beispiel im Jahr 2022 laut Statistischem Bundesamt 19 Prozent der in allen Krankenhäusern aufgenommenen Kinder und Jugendlichen im Alter von 10 bis 17 Jahren wegen psychischer Erkrankungen oder Verhaltensauffälligkeiten behandelt, zehn Jahre zuvor lag dieser Anteil noch bei 13 Prozent. Diese Zunahme und fehlende Präventionsangebote, auch in anderen Sozialgesetzbüchern, tragen zu Überlastungen in Schulen, Jugendhilfe und dem Gesundheitssystem bei.

Die Delegierten des bvvp sind besorgt: Kinder und Jugendliche haben ein Anrecht auf eine ausreichende Gesundheitsversorgung. Es fehlt noch immer eine eigene Bedarfsplanung für die psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Es mangelt zudem an ausreichenden Präventionsangeboten, an Unterstützung für Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringen finanziellen und sozialen Ressourcen.

Nach dem Ende des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“, im Rahmen dessen in den Jahren 2021 und 2022 noch Hilfen für die Stabilisierung der jungen Menschen in Höhe von zwei Milliarden Euro zur Verfügung gestellt wurden, werden die betroffenen Kinder und Jugendlichen nun im Stich gelassen.

Die Delegierten des bvvp fordern daher:

- Schluss mit der unzureichenden Prävention und Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen!
- Die Jugendhilfe sowie die Schulträger müssen mit ausreichend Ressourcen ausgestattet werden, um präventiv tätig werden, zur Förderung der Resilienz von Kindern beitragen und Risiken rechtzeitig erkennen zu können. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die dazu beitragen, die psychische Gesundheit insbesondere von Kindern aus sozial benachteiligten Familien zu stärken, damit die soziale Schere hier nicht noch weiter auseinandergeht.
- Für die psychotherapeutische Versorgung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen fordern die Delegierten weiterhin die zügige Umsetzung einer eigenen Bedarfsplanung, die dem tatsächlichen Bedarf an Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie entspricht, um die psychotherapeutische Versorgung auch langfristig zu gewährleisten.
- Auch muss die Umsetzung der neuen Richtlinie zur Versorgung von komplex erkrankten Kindern und Jugendlichen gesichert werden, indem für passende Rahmenbedingungen, Vorgaben und Vergütungsregelungen für leistungsbereite Behandelnde gesorgt wird.